

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/73

Bonn, den 16. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Politischer Geburtstag

42

Chruschtschow schießt auf zwei Zielscheiben

2 - 3

Aufsehen und Verdacht

67

Die "Kainzelmännchen" und die Neugliederung des Bundesgebietes

Von Lothar Schwartz

4

Brüskierter Bundeskanzler

32

Gespann Adenauer - Strauß

5 - 6

Neun oder vierzehn Kommissare?

74

"Kalter Krieg" zwischen Brüssel und Luxemburg

Von Egon Heinrich

Assistent für Europafragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

5

Athen - Nikosia - Ankara

24

Grivas bleibt in Athen - Papandreu konnte beschwichtigen

Politischer Geburtstag

Chruschtschow schießt auf zwei Zielscheiben

53 - Der nunmehr 70 Jahre alt gewordene sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow benutzt die Feierlichkeiten aus Anlaß seines Geburtstages, um ausser der Entgegennahme von Glückwünschen aus aller Welt auch die Freundschaft zu demonstrieren, die ihn mit einem großen Teil der kommunistischen Parteiführer anderer Länder verbindet. Er tut dies mit strahlendem Lächeln, findet sogar lobende Worte für "die Kapitalisten in den USA", donnert jedoch mit unverminderter Kraft gegen die Politik der Bundesrepublik und warnt mit eindringlicheren Worten seine Zuhörer vor den "revanchelüsternden Deutschen". Im Vorbeigehen kitzelt Chruschtschow dann noch die westlichen Alliierten, von denen er behauptet, sie könnten den "Revanchehunger der Bundesrepublik gar nicht mehr kontrollieren, sondern begnügten sich lediglich damit, ihn zu registrieren".

Natürlich findet Chruschtschow mit solchen Ausfällen gegen die Bundesrepublik starken Beifall bei seinen in Moskau versammelten ausländischen Parteifreunden. Sicher hat aber der Krenlochef auch noch andere Gründe, um demonstrativ den harten Kurs der Sowjetpolitik gegenüber der Bundesrepublik zu unterstreichen, als nur den Wunsch, Beifall zu erhalten.

Unter den vielen Vorwürfen, die Peking gegen Chruschtschow erhebt, ist auch der der mangelnden Wachsamkeit gegenüber dem westlichen Imperialismus, an dessen Spitze - nach Auffassung Pekings - die Bundesrepublik steht. Mit solchen Behauptungen versucht Peking besonders in Prag und Warschau, aber auch in Paris und Brüssel, die dortigen Kommunisten von der vorbehaltlosen Zustimmung zu Chruschtschows Politik abzuhalten. Je intensiver die chinesischen Kommunisten in den Ländern mit früherer deutscher Besatzung gegen Deutschland Propaganda machen, um so "härter" gibt sich Chruschtschow.

Der 70-jährige Nikita Chruschtschow dreht aber trotz seines Getöses mit beachtenswerter Geschicklichkeit immer wieder etwas ab, wenn er befürchten muß, daß ein allzu heftiger Donner gegen Mao Tse-tung im Westen den Eindruck entstehen läßt, daß der Bruch zwischen Moskau und Peking endgültig sei. Dann erhebt der Krenlochef warnend den Finger und meint, niemand solle glauben, daß Peking und Moskau nicht zusammenstehen würden, wenn es einmal zu ernststen Auseinandersetzungen mit dem Westen kommen würde. In diesem Augenblick erhält Chruschtschow dann sogar den Beifall jener ausländischen Parteifreunde, die sich noch nicht ganz klar darüber sind, ob sie Mao Tse-tung oder dem Krenlochef den Vorzug geben sollen. Daran sollten alle, besonders aber die deutschen Politiker, denken, die da glauben, das Deutschlandproblem werde sich bei einer Verschärfung des Konfliktes zwischen Moskau und Peking "eines Tages von selbst" lösen ...

Chruschtschow feiert im wahrsten Sinne des Wortes einen politischen Geburtstag, von dem alle Welt wünscht, der Krenlochef möge ihn in bester Gesundheit verbringen.

16. April 1964

Aufsehen und Verdacht

Die "Mainzelmännchen" und die Neugliederung des Bundesgebietes
Von Lothar Schwartz

Einen unerwarteten Blick hinter Gefängnismauern - und indirekt hinter die eigenen Kulissen - ließ das Zweite Deutsche Fernsehen am Dienstagabend dieser Woche seine Zuschauer tun. Laut ausgedrucktem Programm hätten diese statt des Titels "Strafvollzug" eigentlich einen Dokumentarfilm über die politischen Auseinandersetzungen um die im Grundgesetz Art. 29 vorgesehene Neugliederung des Bundesgebietes erwarten dürfen. Eine Untersuchung der Gründe für die unterbliebene Ausstrahlung eröffnet interessantere Perspektiven als sie der Mainzer Bildschirm selbst an diesem Abend zu bieten hatte.

Ab in die Konservenkiste !

Im Auftrag der Länderanstalt hatte sich der Berliner Bundesfilmpreisträger O.E. K r e s s mit Mikrophon und Kameras in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz um eine fernsehgerechte Darstellung der Neugliederungsproblematik bemüht. Das Ergebnis wurde eine knappe Woche vor dem Sendetermin von ZDF-Chefredakteur Wolf D i e t r i c h unter anschließender voller Billigung durch seinen Intendanten, Prof. Dr. Karl H o l z a m e r, in die Konservenkiste verbannt.

Die Begründung, die der Mainzer Intendant auf Anfragen und in Beantwortung eines Telegramms des SPD-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg, EdB Dr. Alex M ö l l e r, für diesen außerordentlichen Vorgang innerhalb der Chefredaktion gab, ist auf "Wahlbezüge" des abgesetzten Beitrags nach Baden-Württemberg gestützt, die nach seiner Auffassung den Staatsvertrag über das Zweite Deutsche Fernsehen verletzen würden. Die ursprünglich neben den Bedenken wegen einseitiger Akzentuierung der Sachverhalte mit ähnlicher Gewichtigkeit gegebenen Hinweise auf mehrere Fälle "eklatanter Schlechwerbung" in der unstrittenen Dokumentation kehrten in den offiziellen schriftlichen Verlautbarungen aus der ZDF-Zentrale n i c h t wieder.

Sieht man "die besten Grenzen" wirklich nicht ?

Ohne genaue Kenntnis des auf Eis gelegten Beitrags "Die besten Grenzen sieht man nicht" ist seine Ablehnung durch Chefredaktion und Intendanz noch einer endgültigen Beurteilung entzogen. Nachdem seine Ausstrahlung jedoch bereits vor mindestens vier Wochen feststand und den Programmzeitschriften sogar mit Bildmaterial avisiert war, stellt sich ungeachtet dessen die interessante Frage, wieso

und warum erst wenige Tage vor dem Sendetermin im Chefzimmer der ZDF-Filiale in Wiesbaden das staatsvertragliche Gewissen die sonst nur gelegentliche und keineswegs obligate Überprüfung der positiven Abnahmeentscheidungen einer Hauptabteilung befahl.

Zuständige Ausschüsse ausgeschaltet

Diese plötzliche Eingebung und ihre Auswirkungen haben es jedenfalls unmöglich gemacht, die für die Überwachung und Wahrung der Programmrichtlinien zuständigen Ausschüsse des Fernsehrates rechtzeitig Stellung nehmen zu lassen. Schließlich erscheint es durchaus im Bereich der technischen Möglichkeiten, eine beanstandete Fernsehproduktion so zu überarbeiten, daß sie den Ansprüchen der Hüter des Staatsvertrages genügt, was Intendant Prof. Dr. Holzamer für den speziellen Fall sehr wohl eingeräumt und für einen späteren Zeitpunkt auch angekündigt hat. Aber gerade der Zeitfaktor ist es, der hier stutzig machen muß.

Dietrich: "Keine Einflußnahme von aussen"

Chefredakteur Dietrich setzt sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf einer Einflußnahme von aussen - nämlich aus Richtung Stuttgart - zur Wehr. Wenn es eine solche "Initialzündung" nicht gegeben haben sollte - der Verdacht mußte angesichts gewisser Begleitumstände entstehen - so liegt doch zumindest eine Spätzündung vor. Nach Lage der Dinge - es handelte sich, wie gesagt, um eine ziemlich langfristige Auftragsproduktion und nicht um einen tagesaktuellen Bericht - hätte man jedenfalls erwarten dürfen und muß dies für die Zukunft jetzt sogar fordern, daß eine solche Entscheidung auch im Interesse der Anstalt selbst noch fristgerecht von einem dafür zuständigen und legitimierten Gremium überprüft werden kann.

Baden-württembergische Landtagswahl im Hintergrund ?

Durch ein solches Verfahren hätte sich die Länderanstalt den Ruhm beispielhafter Loyalität und allgemeinen Respektserwerben können, der ihr bisher nicht gerade in Überfluß entgegengebracht wird. Mit der erfolgten kurzfristigen und vor der skizzierten Hintergrund der Landtagswahl in Baden-Württemberg Aufsehen und Verdacht, erregenden Programmänderung haben die Verantwortlichen den "Mainzelmännchen" einen denkbar schlechten Dienst erwiesen.

Brüskierter Bundeskanzler

sp - Das handschriftliche Schreiben, das der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer vor Antritt seines Urlaubs dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sandte, und das ausdrücklich gegen den Aussenminister Stellung nahm, kommt einer Brüskierung des Bundeskanzler Erhard gleich. Erhard hatte der im "Bayern-Kurier" angegriffenen Schröder in Schutz genommen, obgleich einen Tag später eine etwas abschwächende Erklärung folgte. Damit schien der Konflikt Strauß - Schröder erledigt. Doch das schien nur so. Der Brief Adenauers fachte den Streit erneut an, gibt dem schwellenden Feuer innerhalb der Unionsparteien neue Nahrung und schwächt die Stellung des Bundeskanzlers und seines Aussenministers. Dieser "Bruderkrieg in der Union" (so "Rheinischer Merkur" vom 17. April 1964) nimmt jetzt Formen an, die die Aktionsfähigkeit der Regierung infrage stellen. Und er geht auf Kosten des Ansehens der Bundesrepublik im Ausland. Wer innerhalb der Regierung Mißtrauen sät, den Dolchstoß gegen ein bestimmtes Mitglied vorbereitet, erzet kein Vertrauen, ja wird vertrauensunwürdig. Schröder kann sich wohl auf eine Mehrheit im Bundestag berufen, besitzt er aber auch die Mehrheit in seiner eigenen Partei? Hat er es nicht mit mächtigen Gegnern zu tun, die auf seinen Sturz sinnen? Ob die persönliche Antipathie zwischen dem CSU-Vorsitzenden und dem Aussenminister der Regierung Erhard ihren Ursprung in der Spiegel-Affäre hat - Schröders Verhalten damals enthüllte Strauß als einen Lügner - oder Fragen der Ostpolitik nun den äusseren Anlaß geben, sei dahingestellt.

Erschreckend wirkt die Skrupellosigkeit der gegen Schröder agierenden Personen. Der Aussenminister hat in seiner Rede vor dem Evangelischen Arbeitskreis in München nichts gesagt, was im Widerspruch zu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Bundestages stünde. Es sei in diesem Zusammenhang auf den seinerzeit einstimmig verabschiedeten Jaksch-Bericht des Auswärtigen Ausschusses verwiesen, dessen Kernsatz in der Aufforderung an die Bundesregierung besteht, jede Art von Beziehungen zu den Ostblockstaaten anzustreben und zu pflegen, soweit davon deutsche Lebensinteressen nicht berührt werden. Schröder versuchte und versucht, im Rahmen der ohnehin eng begrenzten Möglichkeiten den Auftrag des freigewählten deutschen Parlaments zu erfüllen - und gerade dieses Bemühen macht ihn zur Zielscheibe von Heckenschützen.

Macht nun der CDU-Vorsitzende dieses Spiel mit, verleugnet und sabotiert er nun die Grundlage der von ihm als Bundeskanzler festgelegten Politik? Hier liegt Explosivstoff verborgen. Offensichtlich wollen Strauß und seine Freunde, da sie in der Innenpolitik am verwundbarsten sind, durch Entfachen eines sinnlosen Streits um die deutsche Aussenpolitik von den sie bedrückenden Sorgen ablenken. Doch die Aussenpolitik ist kein Feld für einen innenpolitischen Schlagaustausch. Die Grundlinien der deutschen Aussenpolitik, festgelegt in vielen Regierungserklärungen - es sei nur auf die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag hingewiesen - eigenen sich nicht als Streitobjekt. Der Versuch, hier künstliche Gegensätze aufzureissen, ist ein Spiel mit Fragen unserer Sicherheit und der nationalen Existenz.

Offensichtlich glaubt Strauß, durch ein solches Spiel mit dem Feuer und durch Entfaltung nationalistischer Instinkte wieder durch das Tor zur Macht schreiten zu können. Hier wird der hemmungslose Ehrgeiz eines Mannes ohne Skrupel zur nationalen Belastung. Daß nun auch Adenauer unter Brüskierung Erhards kräftig in diesen trüben Spiel mitmacht, eröffnet für die nächsten Wochen und Monate düstere Perspektiven.

Neun oder vierzehn Kommissare ?

Von Egon Heinrich,

Assistent für Europafragen bei den SPD-Bundestagsfraktion

Kalter Krieg herrscht zwischen den beiden Europa-Metropolen Brüssel und Luxemburg. Vor und hinter den Kulissen wird hart gestritten. Es geht darum, wer künftig die einzige Europa-Hauptstadt sein soll. Während alles für einen Sieg von Brüssel spricht, wehrt sich das Großherzogtum verzweifelt um den Sitz einer Europa-Behörde und um seine 1.600 europäischen Beamten.

Zur Vorgeschichte: Der Ministerrat der EWG will die Verwaltungen der drei europäischen Gemeinschaften EWG, Montan-Union und Euratom im Jahre 1965 zu einer einzigen Exekutive mit 7.000 bis 8.000 Beamten in Brüssel vereinigen. Schon Anfang 1958 waren die EWG-Außenminister übereingekommen, alle europäischen Organisationen an einem gemeinsamen Ort zusammenzufassen. Sechs Jahre haben nicht ausgereicht, diesen Beschluß zu verwirklichen.

Eine vereinigte, gemeinsame Kommission der drei Gemeinschaften wäre zweifellos ein Fortschritt auf dem Wege zur Integration Europas. Es bestünde dann auch endlich Aussicht, etwa bei der Energie- und Verkehrspolitik die gleichen Fortschritte wie in anderen Bereichen zu erzielen. Die Aufspaltung der Kompetenzen auf die EWG-Kommission und die Hohe Behörde der Montan-Union verhinderten bisher jede gemeinsame Verkehrs- und Energiepolitik der sechs EWG-Länder.

Neber der leidigen Sitzfrage krennt zur Zeit noch ein anderes Problem die Geister zwischen Brüssel und Luxemburg. Der Streit geht um die Zahl der Mitglieder der gemeinsamen Exekutive. Hier stehen sich als Kontrahenten die Hohe Behörde der Montan-Union und die EWG-Kommission unversöhnlich gegenüber. Während Präsident Hallstein für die künftige Mammutbehörde 9 Kommissionsmitglieder fordert, hält Montan-Union-Präsident del Bo 14 bis 15 Mitglieder für unerlässlich. In dieser Frage sind sich auch die sechs EWG-Länder noch nicht einig. Die drei großen - Frankreich, Italien und Deutschland - treten für neun, die Benelux-Länder für 14 bis 15 Kommissionsmitglieder ein. Gegenwärtig haben die drei Exekutiven zusammen 23 Mitglieder. Bei einer Fusion würden daher mehr als die Hälfte der obersten EWG-Beamten ihren Posten verlieren. In einer Kommission von 9 könnte die Bundesrepublik nur noch mit 2 anstatt wie bisher mit 5 Mitgliedern vertreten sein. Hinter den Kulissen hat daher bereits das Tauziehen um die Posten der Super-Exekutive begonnen. Die Preisfrage lautet: "Wer bleibt?"

Sowohl für die Neuner- als auch für die Vierzehner-Kommission lassen sich gewichtige Argumente anführen. So fürchtet Präsident Hallstein, daß eine Kommission von vierzehn Mitgliedern schwerfällig und wenig dynamisch wäre. Bei 9 Mitgliedern wären nationale und parteipolitische Gruppenbildungen kaum möglich. Auch müßte bei einer eventuellen Beitritt Englands und anderer Drittstaaten zur EWG die Zahl der Kommissare ohnehin erhöht werden.

Für 14 bis 15 Kommissionsmitglieder spricht dagegen vor allem der ungeheure Umfang der zu bewältigenden Aufgaben und Entscheidungen. Auch könnte nur bei einer großen Kommission das Prinzip der Kollegialität gewahrt werden. 14 Mitglieder würden eine angemessene Beteiligung der kleineren EWG-Staaten gewährleisten (je 3 Mitglieder aus Deutschland, Frankreich und Italien, je 2 aus Holland und Belgien, 1 aus Luxemburg). Der Beitritt von Drittstaaten zur EWG scheint vorerst ohnehin in weite Ferne gerückt. Schließlich würde nur eine größere Zahl die Vertretung aller demokratischen Kräfte und vor allem der Gewerk-

16. April 1964

schaften garantieren. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments und das Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der EWG haben in diesem Zusammenhang folgenden interessanten Vorschlag gemacht: Die 14 Mitglieder sollen ein 15. Mitglied hinzuwählen, das in besonderem Maße das Vertrauen der Gewerkschaften genießt. Dieses Verfahren der Zuwahl (Kooptation) wurde bereits bei der Hohen Behörde mit großem Erfolg praktiziert.

Der frühere Präsident der Euratom-Kommission, Etienne Hirsch, hat dazu gesagt: "Wenn die Zahl der Mitglieder zu gering ist, kann es die Palette der Sachkenntnis und der Ausbildung nicht geben, die notwendig ist, damit die Kommission ihre Aufgaben bewältigt."

Die Frage, ob neun oder fünfzehn Kommissare, hat aber vor allem auch machtpolitische Aspekte. Einmal geht es um einen, wenn auch nicht offen geführten Machtkampf zwischen der EWG-Kommission und der Hohen Behörde einerseits und den großen und kleinen EWG-Staaten andererseits. Sodann bleibt die Frage, ob man neun Männern eine so ungeheure Machtfülle geben soll, solange das Europäische Parlament nicht mit echten Kontroll-, Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnissen ausgestattet ist und solange die europäischen Parlamentarier nicht direkt gewählt werden. Das Parlament kann die Kommission zwar nach Artikel 144 EWG-Vertrag stürzen. Aber sonst hat es nur Beratungsbefugnisse. Zur Zeit ist die Lage so, daß der EWG-Ministerrat in nichtöffentlicher Sitzung alle wichtigen Beschlüsse in der EWG faßt und auch gleichzeitig sich selbst kontrolliert.

+ + +
Athen - Nikosia - Ankara

Grivas bleibt in Athen - Papandreu konnte beschwichtigen

sp. Falls der von den Griechen als Freiheitsheld des Unabhängigkeitskampfes gegen die Engländer auf Zypern bezeichnete General Gri vas jetzt auf die Insel zurückgekehrt wäre, um dort das Kommando der griechischen Nationalgarde zu übernehmen, hätte man bestimmt mit einer Verschärfung des Zypernkonfliktes rechnen müssen. Es ist schon ohne seine Anwesenheit für das UKO-Kommando schwierig und sogar fast unmöglich, die Streitenden und jetzt bis aufs Blut verfeindeten griechischen und türkischen Zyprioten auseinanderzuhalten. Die Rückkehr von Grivas wäre sicherlich von einem großen Teil der Inselbevölkerung mit großer Begeisterung begrüßt worden. Es scheint jedoch dem griechischen Ministerpräsidenten P a p a n d r e o u gelungen zu sein, den General zu überzeugen, daß er mit dem Fernbleiben von der Insel seinem Vaterland, oder wie Grivas es nennt, der griechischen Sache einen besseren Dienst leistet; jedenfalls im Augenblick. In Athen und Ankara hat man dadurch Zeit gewonnen, die Aktionsfähigkeit der UKO-Truppe und des UNO-Schlichters sich voll entfalten zu lassen, was sicher im allseitigen Interesse ist. Das Teilungsprojekt der Insel ist jetzt etwas in den Hintergrund getreten, zumal es in Griechenland bei den Parteien der Regierungsmehrheit u n d der Opposition hart umstritten bleibt. Es findet eigentlich nur in der Türkei Zustimmung. Makarios ist dafür bekannt, daß er im Grunde als "Erdlösung" die Eingliederung Zyperns in den griechischen Staatsverband anstrebt. Der UNO-Bevollmächtigte wird noch geraume Zeit brauchen, um die völlig verworrenen Fäden der Zypern-Krise einigermaßen in die Hand zu bekommen.

+ + +